



Gewerkschaft der Polizei
Deutscher Bundeswehrverband



Gemeinsame Fachtagung

„Globaler Terrorismus – Globale Bekämpfung“

Donnerstag, 11. September 2003
10.00 Uhr
Berlin, Rathaus Schöneberg

IMPRESSUM

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand
Stromstraße 4
10555 Berlin

Redaktion:

Marion Tetzner (GdP),
Bernd Böwing (GdP)

Titelbild:

Wölfer Druck GmbH

**VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
ANZEIGENVERWALTUNG**

Sitz Hilden

Betriebsstätte Worms

Küferstraße 11 • 67551 Worms
Telefon (0 62 47) 6 09-0
Telefax (0 62 47) 6 09-70

Geschäftsführer:

Lothar Becker

Satz und Druck:

Druckerei Josef Schwab GmbH

Nachdruck des redaktionellen Teils
– auch in Auszügen – und der Anzeigen
nur nach ausdrücklicher Genehmigung
des Herausgebers

© 2003



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
ANZEIGENVERWALTUNG

Grußwort Dr. Peter Struck,
Bundesminister der Verteidigung 5

Grußwort Klaus Wowereit 7
Regierender Bürgermeister von Berlin

Grußwort Bernhard Gertz, Oberst
Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehr-
Verbandes 9

Grußwort Konrad Freiberg,
Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei 11

Globaler Terrorismus – Globale Bekämpfung
Thesen von Berndt Georg Thamm 13

Chronologie der geplanten und durchgeführten
Anschläge des reorganisierten al-Qa'ida-Terrornetz-
werkes

Dezember 2001 bis August 2003

Zusammengestellt von Berndt Georg Thamm 17

www.vdpolizei.de



PROGRAMM



- 10.00 Uhr **Begrüßung und Einleitung**
Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei
- 10.15 Uhr **Grußworte**

Otto Schily,
Bundesminister des Innern

Dr. Peter Struck,
Bundesminister der Verteidigung

Daniel R. Coats,
Botschafter der USA
- 10.45 Uhr **Globaler Terrorismus – Globale Bekämpfung**
Berndt Georg Thamm, Fachpublizist
- 11.15 Uhr **Rolle der Bundeswehr bei der Bekämpfung des Terrorismus**
Manfred Engelhardt, Brigadegeneral, BMVg
- 11.45 Uhr **Globale Bekämpfung durch die Nachrichtendienste**
Ernst Uhrlau, Koordinator der Nachrichtendienste des Bundes
- 12.30 Uhr **Mittagspause / Pressegespräch**
- 14.00 Uhr **Innere und äußere Sicherheit nach dem 11. September 2001 –
Podiums- und Plenumsdiskussion**

Moderation:
Oliver Bendixen, Bayerischer Rundfunk

Teilnehmer:
Werner Jarosch, Generalleutnant
Stellv. Inspekteur der Luftwaffe

Hans Frank, Vizeadmiral a. D.
Bundesakademie für Sicherheitspolitik Bonn

Dr. Manfred Murck, Vizepräsident
Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg

Manfred Klink, 1. Direktor
Bundeskriminalamt Wiesbaden
- 16.00 Uhr **Schlusswort**
Bernhard Gertz, Oberst
Bundesvorsitzender Deutscher Bundeswehrverband

Heute vor zwei Jahren erschütterten die schrecklichen Terroranschläge von New York und Washington die zivilisierte Welt. Die Ereignisse dieses Tages rückten schlagartig die neuen, vielfältigen Risiken und Bedrohungen, die jederzeit und an jedem Ort der Welt wirksam werden können, in das öffentliche Bewusstsein.

Ein Ergebnis der Anschläge des 11. September 2001 ist die Erkenntnis, dass dem Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger eine neue Bedeutung zukommt. Der Beitrag der Bundeswehr dazu besteht künftig aus mehreren Teilaufgaben. Neben der unwahrscheinlicher gewordenen Aufgabe der herkömmlichen Landesverteidigung müssen die Streitkräfte – eingebettet in gesamtstaatliches Handeln und im Rahmen der geltenden Gesetze – zu einem angemessenen Beitrag zur Verhinderung, Abwehr und Bewältigung terroristischer Anschläge und zum Schutz Deutschlands vor asymmetrischen Angriffen von außen befähigt sein. Hinzu kommt unverändert die Aufgabe der Überwachung des deutschen Luft- und Seeraumes.

Angesichts der veränderten Bedrohungslage haben die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit an Trennschärfe verloren. Dies erfordert ein intensiviertes Zusam-

menwirken von Polizei und Bundeswehr.

Im Inneren unterstützt die Bundeswehr die Polizei immer dann, wenn nur die Streitkräfte über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen, oder wenn die jeweiligen Schutzaufgaben nur durch die Bundeswehr geleistet werden können.

Aber auch außerhalb unseres Landes hat sich die Notwendigkeit zu intensiver Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundeswehr verstärkt.

Insbesondere die Aufgabe der Friedenserhaltung und -wiederherstellung sowie

der Stabilisierung schwacher und des Wiederaufbaus zerfallener Staaten erfordert häufig ein Kontinuum militärischer und ziviler polizeilicher Fähigkeiten und Maßnahmen.

Daher begrüße ich es außerordentlich, dass der Deutsche Bundeswehrverband eine solche Fachtagung gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei veranstaltet, bietet sie doch einen vorzüglichen Rahmen für den Austausch von Informationen und den Abgleich unterschiedlicher Standpunkte über die Grenzen von Politik, Wissenschaft und Publizistik hinweg. Ich wünsche daher allen Teilnehmern fruchtbare Gespräche und gewinnbringende Diskussionen und der Veranstaltung einen guten Verlauf.



Peter Struck

Dr. Peter Struck
Bundesminister der
Verteidigung

Der 11. September wird auch in Zukunft kein unbefangenes Datum mehr sein. Die Bilder des Terrors aus New York und Washington haben sich weltweit in das kollektive Gedächtnis eingebrannt. Die feigen Anschläge der Terroristen vor zwei Jahren führten uns dramatisch vor Augen, wie verletzlich die globalisierte Welt ist. Das Gedenken an diesen Tag ist uns allen eine Mahnung, den Kampf gegen den Terrorismus mit unverminderter Kraft fortzusetzen.

Deshalb laden die Gewerkschaft der Polizei und der Bundeswehr-Verband gerade an diesem Tag zu einer Diskussion über den globalen Terrorismus im Rahmen einer Fachtagung ein. Angesichts der latenten Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist es wichtig, immer wieder innezuhalten und die Effizienz von rechtlichen Regelungen, Schutzmaßnah-

men und Strategien zu überprüfen. Ich danke allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an dieser Tagung, dass sie sich dieser zentralen Aufgabe stellen.

Auch wenn jener schreckliche 11. September 2001 nun bereits zwei Jahre zurückliegt, so ist es doch ein sehr aktuelles Thema, dem Sie sich auf dieser Veranstaltung widmen: Im Irak fallen immer wieder Soldaten Anschlägen zum Opfer; die furchtbaren Ereignisse von Djerba und Bali sind noch ebenso präsent wie der Anschlag auf Bundeswehrsoldaten in Afghanistan.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wünsche ich eine ergebnisreiche Fachtagung. Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger wünsche ich Ihnen zugleich viel Erfolg bei der Suche nach angemessenen Antworten auf die neuen Herausforderungen durch den Terrorismus.



Klaus Wowereit

*Regierender Bürgermeister
von Berlin*

Am 7. Juni 2003 wurde in Kabul ein Selbstmordanschlag auf einen Bus mit 33 deutschen Isaf-Angehörigen verübt. Dabei kamen vier Bundeswehrsoldaten ums Leben. Mehrere weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Zum ersten Mal, seit sich die Bundeswehr nach Beendigung des kalten Krieges in internationalen Einsätzen befindet, sind deutsche Soldaten durch einen terroristischen Angriff ums Leben gekommen.

Dieses Attentat zeigt deutlich, dass sich durch die schrecklichen Ereignisse am 11. September 2001 auch die deutschen Streitkräfte verändert haben. Die neuen Aufgaben im Rahmen der Verfolgung des Terrorismus weltweit haben Auswirkungen auf Auftrag, Struktur, Material und Personal der Bundeswehr. Das Berufsbild „Soldat“ hat sich entscheidend gewandelt.

Daraus hat sich für Bundesverteidigungsminister Dr. Peter Struck die Notwendigkeit ergeben, die Rahmenbedingungen der Bundeswehr neu zu definieren. Deshalb hat er am 21. Mai dieses Jahres die Verteidigungspolitischen Richtlinien, kurz: VPR vorgelegt. Die VPR machen deutlich, dass der Schwerpunkt der Aufgaben der Bundeswehr im multinationalen Einsatz und jenseits unserer Grenzen liegen wird. Die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus, sind an die erste Stelle des Aufgabenspektrums der Bundeswehr gerückt.

Dies darf aber nicht dazu führen, dass die klaren Grenzen zwischen Gefahrenabwehr im Innern und im Äußeren aufgeweicht werden. Die Bundeswehr ist weder personell noch materiell in der Lage, Polizeiaufgaben zu übernehmen. Um eine klare Abgrenzbarkeit auch in Zweifelsfällen zu gewährleisten, wäre eine gesetzliche Klarstellung der Zuständigkeiten von Bundeswehr und Polizei dringend erforderlich.



Bernhard Gertz

*Bernhard Gertz, Oberst
Bundesvorsitzender des
Deutschen Bundeswehr-
Verbandes*

Die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten muss bei allen Einsätzen immer im Vordergrund stehen. Die Bundeswehr darf sich nur dann an Einsätzen beteiligen, wenn die bestmöglichen Sicherheitsmaßnahmen sichergestellt werden können. Wenn es um die Sicherheit der eingesetzten Menschen geht, darf Geld keine Rolle spielen.

Die Schere zwischen den durch die neuen Aufgaben entstandenen Belastungen der Streitkräfte und der personellen und materiellen Ausstattung darf nicht zu weit auseinander gehen. Ein Sparplan jagt den nächsten, während ein Auslandseinsatz dem anderen folgt und die Belastungen steigen. Auftrag, Fähigkeiten und Mittel müssen in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden. Die massive Unterfinanzierung stört das Gleichgewicht dieser Elemente dramatisch.

Es ist an der Zeit, die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr an die gestiegenen Anforderungen anzupassen.

Kaum ein Monat vergeht, an dem der internationale Terrorismus nicht irgendwo in der Welt zuschlägt. Deutschland war nach dem 11. September 2001 kein Ziel erfolgreicher Anschläge, was nicht zuletzt auf die hohe Sicherheitsleistung zurückgeführt werden kann, die deutsche Polizistinnen und Polizisten Tag für Tag und Nacht für Nacht in unserem Land erbringen.

Die Trauer um terroristische Opfer und die Empörung über die feigen Mordtaten verblassen nicht im Verhältnis zu der Entfernung solcher Ereignisse. Jeder Anschlag stellt die Polizei in Deutschland vor neue Aufgaben – sei es Menschen und Institutionen der betroffenen Länder in unserem Land zu schützen, sei es, mit weiteren Anstrengungen die internationale Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Ein Blick über die Grenzen zeigt: Innere Sicherheit ist keine Selbstver-

ständlichkeit, sie muss täglich neu errungen werden. Innere Sicherheit ist nicht nur Schutz vor Terrorismus, sondern auch Bewältigung und Eindämmung der Alltagskriminalität, die Lösung gesellschaftlicher Konflikte und die Verhinderung sozialer Spannungen. Innere Sicherheit ist immer dann gefährdet, wenn die Wachsamkeit gegenüber ihrer Gefährdung erlahmt.



Konrad Freiberg
Bundesvorsitzender
der Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei hat sich zum Ziel gesetzt, die Sensibilität für die Gefahren der Inneren Sicherheit wach zu halten. Dazu gehören Information und Diskussion unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit, wie die Fachtagung „Globaler Terrorismus – Globale Bekämpfung“ am 11. September 2003 in Berlin. Dazu gehört

aber auch das Eintreten für die personelle und materielle Ausstattung, die notwendig ist, um die Innere Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten.

► Globaler Terrorismus – Globale Bekämpfung

Thesen von Berndt Georg Thamm

1.

Die Wiege des islamistischen Privatterrorismus steht am Hindukusch.

2.

Zur Hinterlassenschaft des Afghanistankrieges (1979-89) gehören:

- rund 35.000 fachkundige und erfahrene nicht-afghanische Kämpfer aus 43 islamischen Ländern,
- Ausbildungslager und logistische Einrichtungen,
- hoch entwickelte transislamische Netzwerke persönlicher und organisatorischer Art.

3.

Veteranen des Afghanistankrieges (vornehmlich „arabische Afghanen“) haben 1988 die islamistische Terrororganisation al-Qa'ida mit dem Ziel begründet, „gottlose Regime zu stürzen und ein islamisches Regime einzusetzen“. Für dieses Fernziel wurden in paramilitärischen Camps bis 2001 wenigstens 20.000 gewaltbereite Muslime ausgebildet.

4.

Veteranen des Afghanistankrieges haben muslimisch-extremistische Gruppen, deren Ziel die Errichtung eines „Gottesstaates“ ist, mit begründet oder beratend beeinflusst, z. B. in:

- Südostasien („Jemaah Islamiyah“, gegr. 1993),
- Zentralasien („Islamische Bewegung Usbekistan“, gegr. 1998),
- Nordkaukasus (Bund der militanten Waghâbiten, gegr. 1997/98),
- Nordafrika (GIA, gegr. 1992, GSPC als Nachfolger, gegr. 1997),
- Ostafrika („Al-Ittihad al-Islamiya“, gegr. 1990)

5.

Veteranen des Afghanistankrieges kämpften/kämpfen in Bürgerkriegsgebieten, wo „die Sache des Islam zur Disposition stand/steht“, z. B.

- Kashmir (seit 1989/90)
- Bosnien-Herzegowina (1992-95)
- Jemen (1994)
- Erster Tschetschenienkrieg (1994-96)
- Zweiter Tschetschenienkrieg (1999-heute)

6.

Veteranen des Afghanistankrieges und in al-Qa'ida-Camps geschulte Kämpfer rekrutieren Nachwuchskämpfer „für den globalen Djihâd“ auch in Europa (in Moscheen, Kaffeehäusern, Internetforen, Gefängnissen) z. B. in den Niederlanden, in Großbritannien, in Frankreich, in Deutschland und in Italien.

7.

Auch ein 2002 reorganisiertes Netzwerk der al-Qa'ida verfolgt die Hauptziele der „alten“ al-Qa'ida:

- den größtmöglichen Wirtschaftsschaden bei sämtlichen Betroffenen zu bewirken,
- den größtmöglichen Personenschaden unter Bürgern westlicher Staaten (und anderen Ungläubigen) anzurichten, deren Regierungen eine nicht genehme Nahost-Politik betreiben,
- sich zur allgegenwärtigen Gefahr zu stilisieren, indem punktuell und unbe-rechenbar angegriffen wird – „weiche Ziele“ bevorzugt,
- Dritte-Welt-Staaten, die sich unislamisch verhalten und mit Ungläubigen Geschäfte (z. B. im Tourismus) machen, eine Lehre erteilen,
- die muslimische Weltöffentlichkeit mobilisieren, auf dass die Muslime vereint die Ungläubigen aus dem Gebiet des Islam (dâr al-Islam) vertreiben

- eine Anstrengung, für die es jederzeit auch lohnt, (den Märtyrertod) zu sterben.

Spezialität der al-Qa'ida-Ausbilder: simultane Anschläge von mittlerer Größe – „um Ungläubige zu töten, wo man sie trifft“.

8.

Auch wenn Soldaten der Ungläubigen zur Friedenssicherung in Gebieten des Islam ihren Dienst der Völkergemeinschaft versehen, werden sie von überzeugten Djihâdisten (nicht nur des al-Qa'ida-Netzwerks) als Besatzer erlebt, die es zu bekämpfen gilt. Dies trifft sowohl auf die NATO-geführte ISAF in Afghanistan, als auch auf die „Operation Iraqi Freedom“ am Golf zu.

9.

In der internationalen (aber auch nationalen) Bekämpfung dieses global agierenden Terrorismus müssen Polizeien, Nachrichtendienste und Militärs gleichermaßen eingebunden sein – organisatorisch getrennt, aber informell verbunden.

10.

Für diese Arbeit – ob sie im Ausland oder im Inland getan wird – müssen Polizisten, Soldaten und Nachrichtendienstler

- optimal informiert,
- gut ausgebildet,
- gut ausgerüstet,
- gut sozial abgesichert (die Familien impliziert) und
- von der Öffentlichkeit der Heimatländer erkennbar gut getragen sein.

► Chronologie der geplanten und durchgeführten Anschläge des reorganisierten al-Qa'ida-Terrornetzwerkes

Dezember 2001 bis August 2003

Zusammengestellt von Berndt Georg Thamm

Einleitung

Nach den verheerenden Anschlägen am 11. September 2001 in den USA wurde von einer internationalen Anti-Terror-Allianz im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (Dauerhafte Freiheit) der terroristischen Militärorganisation al-Qa'ida vom 7. Oktober bis 7. Dezember 2001 ihr „sicherer Hafen“ in Afghanistan – nach Kapitulation der sie unterstützenden Talibanregierung – genommen. In einem Zeitraum von gut eineinhalb Jahren waren – bis Beginn der „Operation Iraqi Freedom“ (20. März bis 1. Mai 2003) am Hindukusch praktisch alle paramilitärischen Camps der al-Qa'ida zerstört worden. Ein Drittel der gut 30 Führungspersonen und gut 2.000 der einfachen Mitglieder waren im Rahmen der globalen Terrorismusbekämpfung durch Militär, Polizei und Nachrichtendienste festgenommen oder getötet worden. Trotz einer noch intakten „Rumpf-Führung“ bröckelte die Basis in Afghanistan. Die alte al-Qa'ida gibt es heute nicht mehr. Das operative Geschäft des Terrors hat eine Gruppe erfahrener Kämpfer übernommen, die als „Djihād-Manager“ ihr Know-how an interessierte Gruppen nach dem Prinzip des Franchising weitergeben. Den Kern des neuen al-Qa'ida-Potentials machen rund 20.000 Gewaltbereite in der gesamten muslimischen Welt aus, von Südostasien über den Mittleren und Nahen Osten bis nach Ostafrika. Die meisten von ihnen waren im letzten Jahrzehnt in den Camps der alten al-Qa'ida in Afghanistan geschult worden, Spezialität: simultane Anschläge von mittlerer Größe. Hier wurden Kämpfer von rund 30 islamistischen Terrorgruppen ausgebildet, von der Jemmah Islamiya (Indonesien)

über tschetschenische Mudjahidin (Kaukasus) bis zur Salafiyya-Gruppe (Algerien). Die reorganisierte al-Qa'ida ist im Herbst 2003 ein sehr loses Netzwerk, dessen Struktur geprägt ist von weitgehender Autonomie einzelner Gruppen und ungebundener Gotteskrieger (nonaligned Mudjahidin). Das terroristische Ziel der alten al-Qa'ida ist auch das Ziel der neuen al-Qa'ida: Ungläubige zu töten, wo man sie trifft.

22. Dezember 2001 (Frankreich)

Passagiere und Besatzungsmitglieder des Fluges 63 der American Airlines von Paris nach Miami vereitelten ein Sprengstoffattentat. In der Boeing 767 versuchte der britische Staatsbürger Richard Reid einen Sprengsatz (PETN, Bestandteil des Sprengstoffs Semtex) zu zünden, der in seinem Schuh versteckt war. Der in England zum Islam konvertierte 28-jährige „Schuh-Bomber“ (alias Abdel Rahhim) soll in Camps der al-Qa'ida in Afghanistan zur Ausbildung gewesen sein. In seinem „Testament“ hatte sich Reid als „Märtyrer der islamischen Sache“ beschrieben. Französische Ermittler konnten belegen, dass der Attentäter über Kontakte in ganz Europa verfügte.

22. Januar 2002 (Indien)

Mitglieder der in Pakistan ansässigen Extremistengruppe Harkat-ul Jihad-e-Islami verübten auf das US-Kulturzentrum in Kalkutta einen Anschlag, bei dem fünf Polizisten getötet und 20 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Der minutiös geplante Anschlag fiel mit dem Besuch von FBI-Chef Robert S. Mueller in New Delhi zusammen, der in Indien über eine engere Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung verhandelte.

23. Januar 2002 (Pakistan)

Der in Sachen des „Schuh-Bombers“ Reid in Pakistan recherchierende Asien-Korrespondent des Wall-Street-Journal, David Pearl, wurde bei einem Treffen mit islamischen Extremisten der Gruppe „Nationalbewegung für die Wiederherstellung der Souveränität Pakistans“ in Karatschi entführt und ermordet. Die Kidnapper des 38-jährigen US-Journalisten hielten dessen Tod auf Video fest. Für diese Mordtat wurden später der in Großbritannien geborene Moslemextremist Ahmed Omar Saeed Sheikh und drei Komplizen angeklagt.

17. März 2002 (Pakistan)

Auf die im Diplomatenviertel Islamabad gelegene Kirche der Internationalen Protestantischen Gemeinde verübte ein islamistischer Selbstmordattentäter einen Anschlag auf eine Gruppe von 70 Gläubigen. Die Explosionen der Handgranaten töteten vier Menschen und verletzten 45 Kirchenbesucher, einige von ihnen lebensgefährlich.

11. April 2002 (Tunesien)

Ein junger Maghrebiner fuhr einen mit Flüssiggasbomben beladenen Kleinlaster in die Umfassungsmauer der Al-Ghriba-Synagoge auf der Insel Djerba. Die Gasexplosion tötete 19 Besucher des jüdischen Gotteshauses, darunter 14 deutsche Urlauber. Zwanzig weitere Deutsche wurden verletzt. Zehn Wochen später bekannte sich die al-Qa'ida durch ihren Sprecher Suleiman Abu Gaith zu dieser „Operation“.

23. April 2002 (Deutschland)

Bei einer bundesweiten Razzia gegen eine Zelle der sunnitisch-palästinensischen

schen Gruppe al-Tawhid (Einheit Gottes) wurden 19 Objekte untersucht. Die vermutlich in Großbritannien ansässige Gruppe fördere auf Grundlage „eines aggressiv-militanten islamistischen Fundamentalismus den weltweiten Djihâd“, erklärte die Bundesanwaltschaft. Seinerzeit wurden 13 Verdächtige festgenommen, von denen acht mangels Beweisen auf freien Fuß gesetzt wurden. Den verbliebenen fünf wurde vorgeworfen, Anschläge gegen jüdische und israelische Einrichtungen in Deutschland geplant zu haben. Gegen den einzigen Geständigen der Gruppe, den 26-jährigen palästinensischen Jordanier Shadi Moh'd Mustafa Abdallah, begann am 23. Juni 2003 der Prozess vor dem OLG Düsseldorf. In den ersten Verhandlungswochen sagte der in Afghanistan paramilitärisch ausgebildete Mann, der zeitweise für Osama Bin Laden als Leibwächter gearbeitet haben will, umfassend aus. Danach hatte die deutsche al-Tawhid-Zelle Anschläge in Düsseldorf und Berlin vor. Ziele waren hier eine von Juden betriebene Diskothek in der Altstadt und das Jüdische Gemeindehaus in Berlin. Weiterhin wies Shadi Abdallah auf angeblich aktive al-Qa'ida-Zellen in Nordrhein-Westfalen (Duisburg, Köln, Krefeld und Haan bei Düsseldorf) hin.

8. Mai 2002 (Pakistan)

Bei einem verheerenden Bombenanschlag auf einen Bus in der Hafenstadt Karatschi wurden zehn französische Ingenieure und drei Pakistani getötet, sowie Dutzende weitere Menschen zum Teil schwer verletzt. Zur Urheberschaft des Mordanschlages sagte Guillaume Dasquie, Chefredakteur von „Intelligence online“ und auf Terrorismus spezialisiert: „Ich vermute das Netz von al-Qa'ida. Die Ingenieure der DCN sind französische Militärs. Der Vertrag mit Pakistan war bekannt, aber Details über die Logistik blieben geheim. Die Planung dieser Tat beherrscht nur al-Qa'ida“.

10. Mai 2002 (Russland)

In der kaukasischen Garnisonsstadt Kaspiisk wurden bei einem Jubiläumsaufmarsch durch eine ferngezündete Panzermine 42 Menschen, darunter 17 Kinder, getötet und über 150 verletzt. Als Urheber des Attentats verdächtigten russische Sicherheitsbehörden den dagesta-

nischen Rebellenführer Rapani Chalilow. Dieser hatte schon als Kommandeur im benachbarten Tschetschenien gekämpft und soll seine militärisch-terroristische Ausbildung in Camps in Afghanistan und Pakistan bekommen haben. Vor diesem Hintergrund wollte man in Südrussland einen Zusammenhang mit der al-Qa'ida nicht ausschließen.

14. Juni 2002 (Pakistan)

In unmittelbarer Nähe des US-Konsulats in Karatschi wurde ein Bombenattentat verübt, bei dem elf Menschen getötet und 45 verletzt wurden. Zur Tat bekannte sich eine bis dahin unbekannte Gruppe mit dem Namen „Al-Qanoon“, die weitere Anschläge auf US-Einrichtungen in Pakistan ankündigte.

5. September 2002 (Afghanistan)

Eine Autobombe detonierte mitten in Kabul, über zwanzig Menschen starben. Wenige Stunden später entkam Afghanistans Präsident Hamid Karsai in Kandahar nur knapp einem Mordanschlag. Vieles sprach dafür, dass beide Attentate (und einige frühere) auf die Konten von Taliban und al-Qa'ida gingen. Das Ausmaß der Zerstörung sprach dafür. Für diese Art von Anschlägen brauchte es eine Logistik, über die andere Gruppen im Land in jener Zeit noch nicht verfügten; wohl aber eine al-Qa'ida, die am Hindu-

kusch neue Strukturen aufzubauen begann.

6. Oktober 2002 (Jemen)

Ein mit Sprengstoff beladenes kleines Boot rammte den drei Seemeilen vor der jemenitischen Hafenstadt Mukalla befindlichen französischen Öltanker „Limburg“. Ein bulgarischer Seemann starb. In dem erst zwei Jahre alten Tanker klaffte ein großes Loch, aus dem rund 90.000 Barrel Öl traten und in der Folge Fischgründe in einem Umkreis von 500 km² verschmutzten. Zum Anschlag bekannte sich die al-Qa'ida-nahe Gruppe „Islamistische Armee von Aden-Abyane“. Déjà vu: Ganz ähnlich waren knapp zwei Jahre zuvor terroristische Attentäter im Hafen von Aden gegen das amerikanische Kriegsschiff USS „Cole“ vorgegangen, bei dem 17 US-Soldaten ums Leben kamen. Auch dieser Anschlag wäre ohne logistische Hilfestellung vor Ort nicht gelungen. Die Spuren der Haupttäter führten zum al-Qa'ida-Netzwerk.

12. Oktober 2002 (Indonesien)

Auf der Ferieninsel Bali wurden die weltweit schlimmsten Terroranschläge seit dem 11. September 2001 verübt. Daran beteiligt waren fast 40 Indonesier; ein gutes halbes Dutzend davon direkt, die anderen mit kleinen Aufgaben betraut. Mehrheitlich gehörten sie zur Extremistengruppe Jemaah Islamiya (JI), die für



12.10.2002 Indonesien (Bali)

viele Bombenanschläge in Südostasien verantwortlich gemacht wird und deren spiritueller Führer der 65-jährige Abu Bakar Bashir ist. Drei konspirative Treffen in Südthailand (Januar 2002) und auf Java (August und September 2002) gingen der Tat voraus. Anschlagziel war der vornehmlich von Westtouristen besuchte Amüsierdistrikt des Küstenortes Kuta. Hier zündeten nachts gegen halb zwölf zwei Attentäter einen Sprengsatz im Nachtclub „Paddy's Bar“ und trieben damit die Gäste auf die Straße. Dort war der Fluchtweg mit einem Kleinbus blockiert, der schräg gegenüber vor der Diskothek „Sari Club“ stand. Hier war ein drei Zentner schwerer Sprengsatz (TNT und C-4, möglicherweise auch Napalm) verbracht, der mit einem Mobiltelefon verbunden war. Durch das Senden einer SMS wurde die Detonation der Autobombe ausgelöst. Die beiden Explosionen töteten zwei Attentäter und 200 Discobesucher aus insgesamt 21 Ländern; darunter 88 Australier, 38 Indonesier, 22 Briten, 7 US-Bürger und sechs Deutsche. Über 300 Menschen wurden verletzt. Eine fast zeitgleiche Explosion in der Inselhauptstadt Denpasar in der Nähe des US-Konsulats verletzte niemand. Anfang November wurde mit dem 40-jährigen Indonesier Amrozi bin H. Nurhasyim, der die Chemikalien für den Bombenbau kaufte, der erste Hauptverdächtige inhaftiert.

Als am 12. Mai 2003 gegen ihn der erste Prozess der Bali-Anschläge eröffnet wurde, saßen schon 33 Verdächtige ein, fünf Attentäter waren noch flüchtig. Am 2. Juni fing der Prozess gegen den 35-jährigen Abdul Aziz (alias Imam Samudra), dem Cheforganisator vor Ort und Einsatzleiter der Anschläge, an; zwei Wochen später der gegen den Muslimprediger Ali Ghufron, der die Attentate finanziert haben soll. Die Anschläge galten eigentlich den Amerikanern (Vergeltung für die angebliche Unterdrückung der Moslems, den Militärschlag gegen Afghanistan, die Kriegspläne gegen den Irak) und sollen auf Anweisung von Osama Bin Laden hin geplant und ausgeführt worden sein. Nach schriftlichen Aussagen eines inhaftierten Verdächtigen der al-Qa'ida-nahen Jemaah Islamiya im Juli 2003, soll Bin Laden vor den Attentaten ein entsprechendes „Edikt“ erlassen haben.

17. Oktober 2002 (Philippinen)

Bei zwei Bombenanschlägen in der südphilippinischen Hafenstadt Zamboanga wurden sechs Menschen getötet und 144 verletzt. Die beiden Sprengsätze explodierten fast zeitgleich in zwei benachbarten Einkaufszentren. Sieben weitere Sprengsätze in der Umgebung der Torte konnten rechtzeitig entschärft werden. Die Militäradministration ordnete den Terroranschlag der militanten Moslemgruppe Abu Sayyaf zu, die auf den benachbarten Sulu-Inseln Basilan und Jolo ihr Domizil hat und der Verbindungen zu al-Qa'ida nachgesagt werden.

23. Oktober 2002 (Russland)

Zu Beginn des zweiten Aktes der Aufführung des Musicaltheaters „Nord-Ost“ in Moskau stürmt ein 50-köpfiges tschetscheno-islamistisches Kommando die Bühne und macht die rund 780 Besucher, darunter auch zwei Deutsche, zu Geiseln. Das Kommando wurde vom Neffen des berüchtigten und 2001 getöteten Feldkommandeurs Arbi Barajew geführt. „Die Tschetschenen sind nicht nach Moskau gekommen, um zu überleben, sondern um zu sterben“, so der 23-jährige Mowsar Barajew. Von seinem Onkel hatte er die Führung des „Islamischen Regiment für Sonderaufgaben“ übernommen; er selbst residierte als „Emir des Dschamaat“ in der Nähe Grosnys. Seine Kampfausbildung hatte er bei dem aus Jordanien stammenden Kommandeur Ibn-ul-Chattab erhalten. Dieser Veteran des Afghanistankrieges war 1995 nach Tschetschenien gekommen. Wohl auch als Repräsentant der al-Qa'ida im Kaukasus baute er hier Ausbildungscamps für den Partisanenkrieg auf. Seit 2000 bildete er mit dem Feldkommandeur Schamil Bassajew verbundene Fundamentalist Chattab auch junge Tschetscheninnen, die im Krieg ihre Männer (dementsprechend die Bezeichnung „schwarze Witwen“), Brüder und Väter verloren hatten, für Selbstmordkommandos aus. Einige dieser weiblichen „Smertniki“ (russ. Selbstmordattentäter) gehörten zum Geiselnahmerkommando und kündigten in einem vom arabischen TV-Satelliten-Sender al-Jazeera ausgestrahlten Video ihren Märtyrertod an. Das mit falschen russischen Pässen, Waffen und Sprengstoffgürteln ausgestattete Selbstmordkommando forderte ultimativ das Ende des Krieges im

Kaukasus. 58 Stunden später stürmten Soldaten der Elite-Einheiten „Alpha“ und „Wympel“ und der Spezial-Einheit „Witjas“ das besetzte Theater unter Verwendung eines Nervengases. 41 Terroristen wurden getötet, 129 Geiseln starben noch im Theater und in den ersten Tagen nach der Befreiung an den Folgen des betäubenden Einsatzmittels, 650 überlebten. Eine Woche später bekannte sich am 2. November auf einer Internet-Seite von Unabhängigkeitskämpfern der tschetschenische Kriegsherr Bassajew, ebenfalls Veteran des Afghanistankrieges, zur Auftragsvergabe der Geiselnahme und kündigte darüber hinaus einen „Krieg in ganz Russland“ an.

28. Oktober 2002 (Jordanien)

Vor seinem Haus in der Landeshauptstadt wird ein US-Diplomat von Muslimextremisten erschossen.

9. November 2002 (Großbritannien)

Bei Razzien in Nord-London wurden sechs Männer festgenommen, von denen drei wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Sie wurden verdächtigt, einen Giftgasanschlag (mit Cyanid) auf die U-Bahn vorbereitet zu haben, so ein nicht kommentierter Bericht der „Sunday Times“, in dem es weiter hieß, dass die Männer Mitglieder der Terrorgruppe „Nordafrikanische Front“ wären mit Verbindungen zum al-Qa'ida-Netzwerk. Den Berichten zufolge planten die maghrebinischen „U-Bahn-Terroristen“, in weitläufigen Tunnelsystemen – wie den Stationen Waterloo oder King's Cross – Cyanidgas aus einem Druckbehälter freizusetzen. Ein anderes Szenario sah eine Gasattacke in einem U-Bahnwagen vor, bei dem der Fahrtwind das Gas durch den Zug getrieben hätte. Der Einsatz eines Behälters mit Blausäuregas hätte (in dem von rund 3,5 Millionen Menschen täglich benutzten tiefsten U-Bahn-System der Welt) Zehntausende von Menschen töten können. Die Terror-Zelle der Nordafrikaner, die über lange Zeit das Londoner U-Bahnnetz ausspähte, wurde über Monate vom britischen Nachrichtendienst MI 5 überwacht. Hinweise auf diese Zelle kamen vom französischen Dienst. Vor diesem Hintergrund wurde in der Folge geprüft, ob die drei Verdächtigen Verbindungen zur algerischen „Gruppe Islamische Armee (GIA)“ hatten, die 1995 in Paris bei

einem Sprengstoffanschlag in der Metro acht Menschen tötete. Nach der Zerschlagung der Pariser GIA-Zellen sollen Dutzende von GIA-Angehörigen in London untergetaucht sein.

28. November 2002 (Kenia)

Bei einem Selbstmordanschlag in der Nähe Mombasas wurden 16 Menschen in den Tod gerissen und 80 verletzt. Drei Attentäter fuhren hinter einem Touristenbus auf das Gelände des rund 20 Kilometer nördlich der Hafenstadt gelegenen Strandhotels „Paradise“ in Kikambala, das von einem Israeli geführt wurde. Die Männer warteten, bis die Gäste den Bus verlassen hatten. Während die meisten der 140 Gäste im Hotel noch beim Frühstück saßen, fuhren sie den Wagen in die Lobby und zündeten die Autobombe. Die Explosion tötete sie selbst, drei Israelis (darunter zwei Kinder) und zehn Kenianer. Die einheimischen Opfer waren zumeist Mitglieder einer Tanzgruppe. Zeitgleich hatten drei andere Männer in der Nähe des Flughafens von Mombasa einen Jeep in Stellung gebracht, auf dem zwei russische Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM-7 Strela (Pfeil) montiert waren. Ziel der Abwehrraketen war die Boeing 757 der israelischen Fluggesellschaft Arkia. Den Charterflug IZ 582 hatten 261 Passagiere gebucht. Kurz nach dem Start feuerten die Attentäter die Raketen aus geringer Distanz zu früh ab. Das Flugzeug war so nah gewesen, dass die steuernden Infrarotsensoren der „Strelas“ noch nicht eingeschaltet waren. Dadurch streifte ein Projektil das Flugzeug nur, das zweite verfehlte es um Meter. Ohne Zwischenlandung flog die Maschine dann sicher zurück nach Tel Aviv. Kurz nach dem Doppelschlag erklärte sich in einem Telefax an internationale Nachrichtenagenturen eine bis dahin unbekannt Gruppe namens „Government of Universal Palestine in Exile – The Army of Palestine“ (Exilregierung für ganz Palästina, Armee Palästinas) dafür verantwortlich. Deren Erklärung wurde auch von der Beirut TV-Station der Hisbollah „Al Manara“ verbreitet. Schon einen Tag später brachten Maschinen der israelischen Luftwaffe die drei Getöteten sowie 253 Urlauber zurück. Im Auftrag des Ministerpräsidenten Ariel Sharon begann der Mossad mit den Ermittlungen. Ob der Tauschführung ging der Dienst von der



28.11.2002 Kenia (Mombasa)

al-Qa'ida oder einer ihr nahe stehenden Gruppe aus. Nach französischen Geheimdienstinformationen (Intelligence online) soll bei der Anschlagplanung der Imam Scheich Ali Schii, eine Führungsperson der radikalen Muslime in Mombasa, eine Rolle gespielt haben. Der Jemenit ist Leiter des „Rates der Prediger und Imame Kenias“, der schon vor über zehn Jahren die al-Qa'ida in Ostafrika unterstützt hat. US-Ermittler verdächtigten die somalische Islamisten-Gruppe Al-Ittihad Al-Islami, deren in Afghanistan ausgebildeten Kämpfer enge Verbindungen zur al-Qa'ida hatten. Anfang Dezember bekannte sich auf der Internet-Seite www.azfalrasas.com zu den Taten eine Gruppe, die sich „Politisches Büro der al-Qa'ida-Djihad-Organisation“ nannte. Die Anschläge wurden dort als „Ramadan-Gruß für das palästinensische Volk“ bezeichnet. Außerdem nahmen die Verfasser Bezug auf die Anschläge auf die US-Botschaften in Ostafrika 1998. In einem am 8. Dezember von al-Jazeera ausgestrahlten Bericht erklärte al-Qa'ida-Sprecher Suleiman Abu Gaith schließlich die Bekenntenschaft der „Mombasa-Anschläge“ und kündigte zugleich weitere mit noch „tödlicheren“ Folgen gegen Israel und die USA an. Sieben Monate nach den Anschlägen klagte im Juni 2003 der Oberste Staatsanwalt in Nairobi vier Kenianer wegen 13-fachen Mordes an.

29. November 2002 (Jemen)

In der Nacht wurde gegen ein Regierungskomplex in der Stadt Maareb, 140

Kilometer östlich der Hauptstadt Sanaa gelegen, ein Sprengstoffanschlag verübt. Menschen kamen nicht zu Schaden. Wohl aber entstanden Sachschäden an dem Gebäude, in den Geheim- und Sicherheitsdienste untergebracht waren. In der Provinz waren Anfang des Monats sechs mutmaßliche al-Qa'ida-Mitglieder durch eine ferngesteuerte Rakete, die von einer Kampfdrohne der CIA abgefeuert worden war, getötet worden. Der Jemen gilt als wichtiges Rückzugsgebiet für Terroristen des al-Qa'ida-Netzwerkes.

16. Dezember 2002 (Frankreich)

Frankreich wäre nur knapp einem Terroranschlag entkommen, erklärte Innenminister Nicolas Sarkozy in der Nationalversammlung, nachdem in La Courneuve im Osten von Paris drei verdächtige Islamisten vom Inlandsgeheimdienst DST festgenommen worden waren. In der Wohnung der Verdächtigen waren elektronische Bauteile für einen Bombenzünder gefunden worden. Nach Einschätzung der Ermittler hatten die mutmaßlichen Terroristen einen Bombenanschlag geplant. Zwei der Festgenommenen standen bereits auf der Fahndungsliste nach Aktivisten der al-Qa'ida. Im Land waren seit dem 22. November bereits 21 al-Qa'ida-Verdächtige, zumeist Algerier oder algerischstämmige Franzosen festgenommen worden. Frankreich bliebe, so „Le Figaro“ am 18. Dezember, im Zentrum der von al-Qa'ida gesteuerten islamistischen Netzwerke in Europa.

26. Dezember 2002 (Philippinen)

Gewalttaten mutmaßlicher islamistischer Extremisten haben an Weihnachten mindestens 29 Menschen das Leben gekostet. Am 26.12. überfielen Bewaffnete in Bali-guian im Süden des Landes ein Fahrzeug eines kanadischen Unternehmers und töteten zwölf Menschen; weitere neun waren verletzt worden. Erst zwei Tage zuvor hatten Extremisten einen Sprengsatz im Haus des Bürgermeister von Datu Piang detonieren lassen. Die Explosion tötete 17 Menschen. Für beide Anschläge wird die Organisation Islamische Befreiungsfront Moro (MILF) verantwortlich gemacht.

27. Dezember 2002 (Russland)

Ein Selbstmordattentat auf den tschetschenischen Regierungssitz in Grosny tötete 46 Menschen und verletzte mehr als 70. Zwei tschetscheno-islamistische Kämpfer waren mit einem Lastwagen und einem Geländewagen vor das schwer bewachte Gebäude der moskaufreundlichen Regierung im Zentrum der Hauptstadt gefahren und zündeten dann die Sprengsätze (mindestens eine Tonne Dynamit) in ihren Fahrzeugen. Das vierstöckige Gebäude, in dem sich zum Zeitpunkt des Anschlags zwischen 150 und 200 Personen befanden, wurde fast vollständig zerstört. Wenige Tage zuvor waren am 24.12. in Frankreich vier algerische Islamisten in Romainville bei Paris festgenommen worden, die nach Angaben des DST einen Anschlag auf die rus-

sische Botschaft in Paris geplant hatten. Der Anschlag sollte ein Racheakt für den Tod der tschetschenischen Geiselnnehmer im Moskauer Musicaltheater, sowie für den Tod des Kommandeur Chattab sein. Ende April 2002 war der Spezialist für Selbstmordkommandos einem Giftanschlag erlegen.

30. Dezember 2002 (Jemen)

In der südjemenitischen Stadt Dschibla erschoss ein muslimischer Extremist in einem von Amerikanern geführten Missionskrankenhaus den ärztlichen Leiter und zwei Ärztinnen. Ein weiterer US-Arzt wurde schwer verletzt. Der Täter gehörte einer der al-Qa'ida nahen Terrorzelle an, die weitere Anschläge plant.

5. Januar 2003 (Großbritannien)

Bei einer Razzia im Norden Londons wurden sieben Personen nordafrikanischer Abstammung festgenommen. In der Wohnung der Algerier und Marokkaner in der High Street von Wood Green stellte die Polizei Spuren des hochgiftigen Stoffes Rizin sicher. Die als „Gifffabrik“ benutzte Wohnung wurde von der Behörde für Asylbewerber und Einwanderer gemietet. Sie liegt nahe der „Finsbury-Park-Moschee“, die als Zentrum extremistischer Muslime gilt. Die Verhafteten waren erst in den letzten Wochen mit falschen Papieren eingereist, so Informationen aus Paris. Möglicherweise gehörten sie zur algerischen GIA oder zu deren

Nachfolgeorganisation GSPC, der Verbindungen zur al-Qa'ida nachgesagt werden. Scotland Yard sprach vom bedrohlichsten Ereignis seit dem 11. September 2001. Da nur Giftspuren gefunden wurden, vermutete man, dass der Großteil des Rizin schon beiseite geschafft wurde. Mit höchstem Einsatz wurde dementsprechend sowohl von der Anti-Terror-Polizei als auch vom MI 5 die Fahndung nach weiteren mutmaßlichen „Rizin-Terroristen“ fortgesetzt. Knapp zwei Wochen später wurden im südenschlischen Bourne-mouth weitere sechs Maghrebener in Gewahrsam genommen. Bei einer Razzia in Manchester wurde ein Polizeibeamter einer Scotland-Yard-Sondereinheit von einem von drei algerischen Tatverdächtigen niedergestochen. Der getötete 40-jährige Stephen Oake wurde zum ersten Opfer in Britanniens Kampf gegen den Terror seit dem „11. September“.

Februar/März 2003 (Algerien)

Eine der schönsten und beliebtesten Passetagen für Wüstenreisende ist die so genannte Gräberpiste, eine gut 400 km lange Strecke zwischen dem südalgerischen Provinzstädtchen Bordj Omar Driss und der Oasenstadt Illizi. Hier waren 31 europäische Sahara-Touristen (15 Deutsche, 10 Österreicher, 4 Schweizer, 1 Niederländer und 1 Schwede) mit insgesamt 18 Geländewagen und Motorrädern unterwegs, die an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten (zwischen 22. Februar und 22. März) in dem zig Tausende km² großen Dreieck der Wüstenstädte Djanet, Tamanrasset und Bordj Omar Driss verschwanden. Mitte Mai kam ein weiterer Deutscher hinzu. Alle waren 1.500 km südlich von Algier zu Geiseln geworden. In dieser Sahel-Maghreb-Region herrscht Emir Mokhtar Belmokhtar. Die Schmugglerbande (spezialisiert auf den Handel mit Waffen, gestohlenen Fahrzeugen und Zigaretten) des Ex-Oberst der algerischen Armee operiert seit über zehn Jahren im Gebiet zwischen Algerien, Mali, Niger und Mauretanien und unterhält traditionell Verbindungen zu Netzwerken der Islamisten. Auch zu der von Hassan Hattab geführten „Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (GSPC)“, der Nachfolgerin der GIA. Diese „Salafiyya-Gruppe für die Mission und den Kampf“, die sich auf die Werte der frühen Muslime (arab. el salaf = die



27.12.2002 Russland (Grosny)

Ahnen) besinnt, will einen Gottesstaat errichten und hat sowohl Algerien als auch dem Westen den Djihād erklärt. Nicht wenige der bis zu 500 GSPC-Kämpfer wurden in Afghanistan ausgebildet, (hier war auch Belmokhtar aufhältlich), was zu engeren al-Qa'ida-Kontakten führte. Überwiegend operierte die GSPC bislang im Norden und in der Kabylei im Nordosten Algeriens – mit dieser Geiselsaktion nun auch im tiefen Süden. Die GSPC-Terroristen teilten die Geiseln in zwei Gruppen. Eine Gruppe von 17 Geiseln war in der Bergregion nördlich von Tamanrasset versteckt, wo sie von Elite-soldaten der algerischen Armee am 13. Mai befreit wurde. Sechs Deutsche, ein Schwede und zehn Österreicher wurden später unverletzt nach Köln und Salzburg ausgeflogen. Das zweite Terroristenversteck befand sich in der abge-schiedenen Gebirgsregion westlich von Illizi. Diese 15-köpfige Gruppe (zehn Deutsche, vier Schweizer und ein Niederländer) wurde nicht befreit. Im Juli ließ die algerische Armee die Gruppe – an den Strapazen war inzwischen eine deutsche Geisel (Michaela Spitzer) verstorben – über die südalgerische Grenze in den Norden des Nachbarlandes Mali ziehen. Ein von der GSPC an die dortige Regierung im Bamako übermitteltes Video zeigte, dass alle 14 Geiseln am Leben waren. Über ihre Freilassung verhandelte seit Anfang August ein Stammes-Führer der Tuareg, der „Löwe der Wüste“, Iyad Ag Agali. Am 18. August kam die Geiselgruppe frei.

4. März 2003 (Philippinen)

Bei zwei Bombenanschlägen im Süden des Landes wurden mindestens 21 Menschen getötet. Ein Sprengsatz vor dem Passagierterminal des internationalen Flughafens der Millionenstadt Davao auf der südphilippinischen Insel Mindanao riss 20 Menschen in den Tod (darunter ein US-Missionar) und verletzte 144 weitere (darunter drei US-Bürger). Nur etwa eine Stunde später explodierte in der nahe gelegenen Stadt Tagum eine zweite Bombe, die einen Menschen tötete und elf verletzte. Die Anschläge wurden Mitgliedern der Islamischen Befreiungsfront Moro (MILF), die nach Regierungseinschätzung „einen Ring von Bombenlegern“ angehören, zugeordnet. Der Selbstbezeichnung der Extremistengruppe

Abu Sayyaf, die der al-Qa'ida nahe steht, schenkte die Regierung keinen Glauben. Sie wäre in einer anderen Gegend aktiv, hieß es im Verteidigungsministerium.

30. April 2003 (Israel)

An der Strandpromenade von Tel Aviv sprengte sich ein 21-jähriger islamischer Fundamentalist in die Luft und riss drei Israelis mit in den Tod. Fast 50 Menschen, darunter mehrere Ausländer, wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Sein 27-jähriger Komplize, dessen Sprengsatz nicht zündete, konnte fliehen. Der Selbstmordattentäter war britischer Staatsangehöriger. Im Zusammenhang mit dieser Tat nahm die Polizei in Großbritannien Anfang Mai in der Grafschaft Derbyshire vier Personen und in Nottinghamshire und London je eine Person in Gewahrsam. Nach Aussagen britischer Muslime soll der Attentäter in einer Londoner Moschee verkehrt haben, die für ihre radikale Haltung bekannt sei.

10. Mai 2003 (Philippinen)

Bei einem Bombenanschlag auf der Insel Mindanao wurden mindestens 13 Menschen getötet und etwa 25 schwer verletzt. Der Sprengsatz, der auf einem gut besuchten Markt zur Explosion gebracht wurde, war aus einer Mörsergranate gebaut worden. Nur zwei Stunden später wurde auf dem Markt ein zweiter Sprengsatz mit Zeitzünder gefunden und entschärft. Für den Anschlag wird die Islamische Befreiungsfront Moro (MILF) verantwortlich gemacht. Eine Woche später gingen die philippinischen Streitkräfte mit schwerer Artillerie und Luftangriffen gegen Stellungen der MILF auf Mindanao vor; 85 Kämpfer der Befreiungsfront wurden getötet.

12. Mai 2003 (Russland)

In der tschetschenischen Ortschaft Snamenskoje, 60 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Grosny gelegen, verübten drei Attentäter eines tschetscheno-islamistischen Selbstmordkommandos, darunter eine Frau, den bisher schwersten Anschlag des Jahres. In einem mit fünf Tonnen Sprengstoff beladenen Allrad-Lkw durchbrachen sie eine Absperrung vor dem Gebäudekomplex der Kreisverwaltung und zündeten davor ihre Autobombe. Die Wucht der Explosion riss einen Krater von sechs Meter Tiefe und 14

Meter Durchmesser in den Boden. Im Umkreis von 500 Metern wurden Häuser beschädigt, zehn wurden völlig zerstört. Zu den zerstörten Häusern gehörte auch das Verwaltungsgebäude, in dem sich zahlreiche örtliche Dienststellen sowie der regionale Sitz des Inlandsgeheimdienstes FSB (Föderaler Sicherheitsdienst) befand. Der Anschlag tötete 59 Menschen, überwiegend Zivilisten, darunter acht Kinder und verletzte 197. Anschlagplanung sprechen laut FSB für den aus Saudi-Arabien stammenden Abu al-Walid. Der Vertraute Osama Bin Ladens wurde nach dem Tode seines Vorgängers Chatab im vergangenen Sommer vom tschetschenischen Untergrundpräsidenten Aslan Maschadow zum Vizekommandeur einer kopfstarken Kämpfertruppe ernannt. Der arabische Muslim-Extremist arbeitet eng mit Schamil Bassajew zusammen. Dieses „Genie des Bösen“ befehligt als Chef der tschetschenischen Mudjahidin auch das „Regiment der Schahids“. Diese auch von den USA im Februar 2003 zur terroristischen Vereinigung erklärte Organisation besteht vornehmlich aus islamistischen Selbstmordattentätern. Nach Schätzungen des FSB und des Militär soll es davon bis 150 geben, im Alter zwischen 16 und 30 Jahren, darunter viele „schwarze Witwen“.

12. Mai 2003 (Saudi-Arabien)

Mitten in der arabischen Welt und nur wenige Stunden vor einem Besuch von US-Außenminister Colin Powell verübten Selbstmordattentäter eine Serie von Bombenanschlägen in der Landeshauptstadt Riad. Die Anschläge waren eine wohl organisierte Kommandoaktion. Ziel waren die Wohnanlagen für westliche Ausländer in den Vierteln Ghornata, Aschbilia und Janadrija. Hierher fuhren in der Nacht zum 12. Mai die schwerbewaffneten Täter – verkleidet als saudische Nationalgardisten. Zuerst wurden die Wächter vor der Anlage aus einem Wagen heraus beschossen und überwältigt, dann die Schranken vor dem Gelände geöffnet. Ein zweites Fahrzeug wurde auf das Grundstück gefahren und – um eine höhere Druckwelle zu erzeugen – in einer Ecke vor einem Wohngebäude geparkt. Die Anschläge ereigneten sich nahezu zeitgleich und nach dem gleichen Muster. Die Explosionen töteten 35 Menschen (darunter acht US-Bürger und die neun



12.05.2003 Saudi-Arabien (Riad)

Attentäter) und verletzten fast 200. Ein vierter Sprengsatz wurde am Folgetag am Sitz der saudisch-amerikanischen Firma Siyanco gezündet. Die Regierung machte eine im Land bekannte Gruppe von 19 al-Qa'ida-Mitgliedern (17 Saudis, 1 Jemeniten und 1 Iraker) für die Attentate verantwortlich, die sich erst am 6. Mai eine Schießerei mit der Polizei geliefert hatte. Die Männer konnten entkommen, doch wurde deren großes Waffenlager (337 Kilo Sprengstoff, 55 Handgranaten, 2.500 Schuss Munition) ausgehoben. Als mutmaßlicher Drahtzieher stellte sich Ende Juni der 29-jährige Ali Abd al Rahman al Fakasi al Ghamdi. Er gilt als einer der führenden Köpfe der al-Qa'ida-Organisation in Saudi-Arabien und ist Sprengstoffexperte. Die Behörden hatten im Zusammenhang mit den Anschlägen bis dahin rund 50 Verdächtige in Gewahrsam.

14. Mai 2003 (Russland)

Nur zwei Tage nach dem Anschlag in Snamenskoje wurden in der Ortschaft Ilasschan-Jurt östlich der Hauptstadt Grosny durch einen Selbstmordanschlag 18 Menschen getötet und mindestens 150 verletzt. Eine „schwarze Witwe“ hatte sich auf einem muslimischen Fest, das von tausenden Gläubigen besucht wurde, durch die Zündung ihres Sprengstoffgürtels in die Luft gesprengt. Der Anschlag galt dem von Moskau eingesetzten Verwaltungschef von Tschetschenien Ach-

med Kadyrow. Während vier seiner Leibwächter starben, überstand Kadyrow selbst die Explosion unversehrt. Das von etwa 15.000 Menschen besuchte religiöse Fest am Geburtstag des Propheten Mohammed war von der Kremlpartei „Einiges Russland“ mitorganisiert worden.

16. Mai 2003 (Marokko)

Hunderttausende Menschen feierten auf den Straßen der Wirtschaftsmetropole Casablanca die Geburt des Sohnes von König Mohammed VI, der aus diesem Anlass landesweit mehrtägige öffentliche Feiern angesetzt hatte, als simultane An-

schläge im Ausgeh- und Diplomatenviertel von Selbstmordattentätern begangen wurden. Etwa 20 Tote forderten die Explosionen im spanischen Kulturzentrum „Casa de Espana“, das nicht weit von der Medina Altstadt entfernt ist. Drei Attentäter waren nach der Tötung des Wachmanns in das dortige mit bis zu 150 Gästen vollbesetzte Restaurant eingedrungen. Zwei der Täter sprengten sich dort in die Luft, der dritte in der im gleichen Gebäude befindlichen spanischen Handelskammer. Parallel dazu waren Selbstmordattentäter in das Luxushotel „Safir“ eingedrungen, in dem ein Treffen amerikanischer und marokkanischer Anti-Terrorexperten stattgefunden hatte, und sprengten sich mit Dynamit in die Luft. Ein weiterer Sprengsatz wurde vor einem italienischen Restaurant gezündet. Ob dieser dem jüdischen Besitzer des „Positano“ oder dem benachbarten belgischen Konsulat nahe der Residenz des US-Konsuls galt, ist nicht gewiss. Zwei weitere Sprengsätze explodierten vor einem sozialen Zentrum der Jüdischen Gemeinde und einem jüdischen Friedhof. Die fünf fast zeitgleichen Anschläge auf ausländische und jüdische Einrichtungen der Wirtschaftsmetropole töteten insgesamt 43 Menschen und verletzten fast 100 weitere. Mehrheitlich waren die Opfer Marokkaner; acht Europäer (Spanier, Franzosen, Italiener) wurden getötet. Neben diesen 31 Opfern der Anschläge starben 12 der 14 Attentäter bei der Tatausführung. Alle Mitglieder des Selbstmordkommandos waren junge Marokkaner,



16.05.2003 Marokko (Casablanca)

die mehrheitlich aus dem Slumviertel Sidi Moumen der Hafenstadt stammten. Sie gehörten zwei verbotenen, im Untergrund operierenden Gruppen an, die ihre meisten Sympathisanten in eben diesen Slums haben. Insbesondere der Gruppe „Assirat al Moustaqim“ (Der rechte Weg) des greisen Scheichs Abessalam Yassine, die Verbindungen zur al-Qa'ida hat, wird dies nachgesagt. Alle Attentäter hätten, so der Innenminister, einige Zeit im Ausland verbracht, bevor sie eigens für die Anschläge nach Marokko zurückgekehrt seien. Seine Polizei vermutete die Hintermänner der Attentäter dementsprechend teilweise in Europa. Anfang Juni wurde in diesem Zusammenhang auch ein Ausländer als mutmaßlicher Mittäter ermittelt. In Tanger wurde der konvertierte Franzose Robert Richard Anton-Pierre alias Abou Abderrahman festgenommen, der als Bindeglied zwischen den Selbstmordattentätern und den ausländischen Finanziers gewirkt haben soll. In landesweiten Razzien wurden rund 100 verdächtige Islamisten, davon etwa 30 in Casablanca festgenommen. Bei letzteren wurden Pläne für Anschläge in den Touristenzentren Agadir, Marrakesch und Essaouira gefunden. Knapp zwei Monate nach den Anschlägen wurden Mitte Juli 10 Radikal-Islamisten der Gruppe „Salafia Jihadia“ wegen Vorbereitungen der Anschläge zum Tode und weitere 21 Angeklagte zu Haftstrafen zwischen einem Jahr und lebenslänglich verurteilt. Vier Wochen zuvor hatte sich in einem in Pakistan aufgetauchten Videoband ein mutmaßlicher Sprecher der al-Qa'ida zu den Terroranschlägen von Casablanca und Riad bekannt: „Die Anschläge in Saudi-Arabien und Marokko sind Teil unserer Märtyreraktionen gewesen“.

5. Juni 2003 (Russland)

Eine tschetschenische „schwarze Witwe“ riss im Nordkaukasus 18 russische Militärangehörige in den Tod. In Mosdok in Nord-Ossetien, hier liegt der Stab des russischen Kaukasus-Kommandos für den Einsatz in Tschetschenien, versuchte die junge Frau an einer Haltestelle in einen Bus einzusteigen, in dem etwa 40 Soldaten und Zivilangestellte zum Dienst auf den örtlichen Militärflugplatz fahren wollten. Als dies nicht gelang, sprengte sie sich neben dem Bus in die Luft. Zu den Toten zählten vier Offiziere, fünf Sol-

daten und sieben Zivilangestellte. Piloten, sie waren laut FSB eigentlich das Ziel des Anschlages, wurden nicht getötet. Weitere 13 Personen wurden schwer verletzt. Die als Krankenschwester verkleidete Frau wollte einen maximalen Schaden für den militärischen Flugbetrieb anrichten. Auf der Website „Tschetschenpress“ des Untergrundpräsidenten Aslan Maschadow hieß es zu dieser Märtyreraktion: „Auf der Militärbasis der Okkupanten in Mosdok wurden die ‚Schakale der Luft‘ vernichtet“.

7. Juni 2003 (Afghanistan)

Um 07.50 Uhr verließen Bundeswehrosoldaten der UN-Schutzgruppe ISAF (International Security Assistance Force) ihr Hauptquartier Camp Warehouse in Kabul Richtung Flughafen. Ihr Konvoi bestand aus einem vorausfahrenden Geländewagen (Typ „Wolf“), einem Gepäckfahrzeug, einem Bus und einem weiteren Geländewagen. Auf der belebten Dschalalabad-Straße etwa fünf Kilometer von der Stadtmitte entfernt versuchte der Fahrer eines Taxis, sein mit Sprengstoff geladenes Fahrzeug in den Konvoi zu drängen. Als dies nicht gelang, überholte er und zündete seine Autobombe neben dem ungepanzerten Bus. Die Wucht der Detonation schleuderte diesen von der Straße. Von den 33 deutschen Soldaten (aus dem hessischen Standort Burgenwaldkaserne von Frankenberg) wurden vier getötet und 29 verletzt, sieben davon schwer. Die nach Ministeriums-Angaben

aus Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Berlin stammenden Soldaten wollten von Kabul via Termes (Usbekistan) zurück nach Deutschland fliegen. Der Selbstmordanschlag ist nach Überzeugung von Bundesverteidigungsminister Peter Struck von einem al-Qa'ida-Terroristen begangen worden. Unterstützung hätten auch reorganisierte Taliban und der paschtunische Milizenführer Gulbuddin Hekmatyar geleistet. Letzterer soll den Attentäter finanziell und logistisch unterstützt haben. Mit weiteren Anschlägen auf deutsche Soldaten im Ausland, so Struck Mitte Juni, müsse gerechnet werden.

20. Juni 2003 (Russland)

Bei einem Bombenanschlag in Tschetscheniens Hauptstadt Grosny wurden die beiden Attentäter und sechs Sicherheitsbeamte getötet und mindestens 35 Menschen verletzt. Zwei Selbstmordattentäter, darunter eine Frau, waren mit einem mit Sprengstoff beladenen Wagen in das Regierungsviertel (Stadtteil Staropromislawski) gefahren. Wenige hundert Meter vom Sitz der pro-russischen Verwaltung zündeten sie ihre Autobombe. Ein Gebäude, in dem eine Außenstelle des Justizministeriums untergebracht war, wurde weitgehend zerstört.

4. Juli 2003 (Pakistan)

Bei einem Terroranschlag auf eine schiitische Moschee in Quetta, der Hauptstadt der Provinz Belutschistan im Südwesten



Trauer Gottesdienst für die vier getöteten deutschen Soldaten beim Terroranschlag vom 07.06.2003 in Afghanistan (Kabul)



05.07.2003 Russland (Moskau)

des Landes, wurden fast 60 Menschen getötet und über 60 weitere verletzt. Während des Freitagsgebets warfen die mutmaßlichen Selbstmordattentäter Granaten auf die Gläubigen und feuerten wahllos in die Menge. Alle drei Attentäter kamen in bzw. vor der Imam-Bargah-Moschee ums Leben. Präsident Perwez Musharraf wollte eine Beteiligung ausländischer Terroristen an dem Anschlag nicht ausschließen. Möglicherweise steht dieser im Zusammenhang mit Militäroperationen Pakistans gegen afghanische Taliban.

5. Juli 2003 (Russland)

Auf dem Flugfeld des Militärflughafens Tuschino, einem Stadtteil im Nordwesten Moskaus, hatten sich zum diesjährigen Rock-Festival „Krylja“ (Flügel) um die 40.000 Zuschauer eingefunden. Bei dem von einem Rundfunksender organisierten und von einer Brauerei unterstützten und von einer Brauerei unterstützten eintägigen Open-Air-Konzert traten ausschließlich russische Gruppen auf. Am Nachmittag versuchten zwei junge Frauen auf das Gelände zu kommen, wurden jedoch von den Sicherheitskräften an den Eingängen nicht eingelassen, da sie sich nicht kontrollieren lassen wollten. Vor dem Konzertgelände sprengte sich in der Nähe der Kassen gegen 14.45 Uhr die erste Frau in die Luft. Doch der Sprengsatz zündete nicht mit der gesamten Kraft. Er tötete die Attentäterin und drei in ihrer Nähe befindliche Besucher. Der Sprengsatz der zweiten Selbstmordattentäterin

detonierte um 15.00 Uhr an einem anderen Eingang zum Gelände, in der Nähe eines Marktes. Er war zusätzlich mit Metallsplintern, Schrauben und Nägeln präpariert und tötete neun Menschen und die Attentäterin auf der Stelle. Am Ort der zweiten Explosion fand man die Ausweispapiere der Täterin. Sie waren ausgestellt auf die 20-jährige Sulichan Elichadschijewa. Die aus dem tschetschenischen Dorf Kurtschaloi stammende junge Frau hatte ihren Bruder vor einem halben Jahr im Kampf mit russischen Truppen verloren. Durch die Explosionen waren neben den Attentäterinnen 13 Konzertbesucher getötet und 48 verletzt worden. Die meisten Opfer waren zwischen 16 und 25 Jahre alt. Die mit je 500 Gramm TNT versehenen Sprengstoffgürtel der beiden Frauen waren in der gleichen Weise hergestellt worden wie die Gürtel, die viele Geiselnnehmerinnen des tschetscheno-islamistischen Kommandos im Moskauer Musicaltheater im Oktober letzten Jahres getragen hatten. Beide Frauen waren mit einem Kleintransporter für die Anschläge zum Tatort gebracht worden. Polizei und FSB vermuten die Hintermänner in radikal-islamischen Kreisen. Namentlich kommt als Drahtzieher Schamil Bassajew in Frage, der sich bereits zur Organisation früherer „Märtyrer-Einsätze“ bekannt hat. Erst kürzlich wies er auf ein ihm zur Verfügung stehendes „Bataillon“ von etwa 30 Selbstmordattentäterinnen hin, das auch außerhalb der tschetschenischen Grenzen tätig werden würde.

10. Juli 2003 (Russland)

Bei einem Anschlag in Moskau wurde ein Spezialist des FSB getötet. Am frühen Donnerstagmorgen verlor der 29-jährige Major und Sprengstoffexperte sein Leben, als er versuchte, eine in einem Rucksack befindliche Bombe (die bis zu 2 Kilo Militärsprengstoff des Typs PWW enthielt) zu entschärfen. Stunden zuvor hatte am Mittwochabend eine junge Frau versucht, ein Restaurant an Moskaus zentraler Einkaufsstraße Twerskaja zu betreten. Auf Grund ihres kaukasischen Aussehens und weil sie scheinbar unter Drogeneinfluss stand, wurde ihr der Zutritt verweigert und die Miliz benachrichtigt. Als diese die Ausweispapiere der Verdächtigten kontrollieren wollte drohte die junge Frau, eine Bombe in ihrem Rucksack zu zünden. Möglicherweise verhinderte die Drogenwirkung, dass die potenzielle Selbstmordattentäterin ihre Rucksack-Bombe rasch zünden konnte. Nach ihrer Überwältigung wurde festgestellt, dass es sich um die 22-jährige Inguschetin Sarema Muschiichojewa handelte. Die junge Frau hatte sich in den vergangenen Monaten in Tschetschenien aufgehalten und war erst vor einer Woche aus der inguschetischen Hauptstadt Nazran nach Moskau geflogen. Es hieß, sie wäre die Witwe eines im Tschetschenienkrieg gefallenen Kämpfers. Der russischen Abwehr sind diese „schwarzen Witwen“ seit mehr als drei Jahren bekannt. Das Phänomen geht auf die zunehmende Verbreitung des wahhabitischen Islam im Nordkaukasus seit Mitte der 1990er Jahre zurück.

1. August 2003 (Russland)

Die Garnisonsstadt Mosdok in der russischen Teilrepublik Nord-Ossetien ist der zentrale Militärstützpunkt der russischen Streitkräfte im Nordkaukasus, von dem aus die Armee gegen die Kämpfer im benachbarten Tschetschenien vorgeht. Sie ist durch zahllose Kontrollposten gesichert und gilt als eine der bestbewachten Städte Russlands. Dennoch gelang es einem Selbstmordattentäter, das Eingangstor zum Gelände des Militärkrankenhauses mit einem Lastwagen, der mit einer Tonne Sprengstoff beladen war, zu durchbrechen. Vor dem vierstöckigen Gebäude, in dem sich rund 120 Personen (darunter 98 Patienten) aufhielten, zündete er seine Autobombe. Die Explosion hinterließ ei-

nen drei Meter tiefen Krater von acht Metern Durchmesser. Im Umkreis von vier Kilometern gingen Fensterscheiben zu Bruch. Das Krankenhaus wurde völlig zerstört. Die Detonation – sie tötete 50 Menschen (darunter mindestens 22 Militärangehörige) und verletzte mehr als 80 – löste einen Großbrand aus, der die Rettungsarbeiten behinderte. In dem Hospital waren die Soldaten behandelt worden, die in Tschetschenien verwundet worden waren. Nach dem Anschlag wurden der Krankenhausleiter Oberstleutnant Artur Arakelian wegen unzureichenden Schutzes der Einrichtung vorläufig festgenommen und der Leiter der Garnison wegen Verdachts auf Fahrlässigkeit bei der Umsetzung der Sicherheitsbestimmungen vom Dienst suspendiert. Drahtzieher des Anschlages, so der FSB, ist wahrscheinlich Schamil Bassajew.

5. August 2003 (Indonesien)

Zwei Tage vor Urteilsverkündung im ersten Bali-Prozess (gegen den „lächelnden Killer“ Amrozi) wurden erneut Ausländer Opfer eines Selbstmordattentats im Inselstaat. Ziel des Anschlages war das luxuriöse, erst im September 2001 eröffnete 5-Sterne-Hotel der US-Kette „Marriott“. Das 33-stöckige, im noblen Geschäftskomplex Mega Kuningan der Landeshauptstadt Jakarta gelegene Luxushotel galt als bevorzugter Ort für Empfänge der US-Botschaft. Zudem war das „JW Marriott“ Treffpunkt vieler ausländischer Geschäftsleute sowie ranghoher indonesischer Politiker und Militärs. Wie das Bali-Attentat wurde auch dieses Jakarta-Attentat wohl akribisch von der Jemaah Islamiya (JI) geplant. Wenigstens zehn Indonesier waren daran (mit unterschiedlichen Aufgaben) beteiligt. Für das selbstmörderische Attentat wurde der 28-jährige Asmar Latin Sani aus Sumatra von der JI geworben. Er konnte später anhand seines abgetrennten Kopfes identifiziert werden. Analog zum Anschlag in



05.08.2003 Indonesien (Jakarta)

Fotos (8): dpa

Bali war für diese „Märtyrer-Aktion“ ein Sprengsatz in einen Kleinwagen (Toyota-Modell „Kijang“) verbracht vom Attentäter vor den Hoteleingang gefahren worden, wo dieser seine Autobombe zündete. Die Ermittlungen ergaben, so Indonesiens Polizeichef General Da'i Bachtiar, dass für den Anschlag ein ähnlicher Sprengstoffmix (TNT, Kaliumchlorat u. a.) wie auf Bali verwendet worden war. Die Detonationen rissen einen Krater von rund zwei Meter in den Asphalt. Die Fassade des Hochhauses war rußgeschwärzt, die Fensterscheiben waren bis in die oberen Stockwerke geborsten. Lobby und Restaurant im Erdgeschoss wurden zerstört. Die Explosion tötete mindestens zehn Menschen – darunter den niederländischen Präsidenten der „PT Rabobank Duta Indonesia“, Hans Winkelmolen – und verletzte rund 150 Personen, darunter acht Ausländer (aus den USA, Singapur, China, Australien und

Neuseeland). Wenig später, so die Zeitung „Straits Times“ in Singapur, bekannte sich die JI zum Anschlag. Er sei eine „blutige Warnung“ an Indonesiens Präsidentin Megawati Sukarnoputri, nicht gegen militante Muslime vorzugehen, zitierte das Blatt einen JI-Führer. Erst vor knapp drei Wochen war das indonesische Parlament von einer Bombenexplosion erschüttert worden, im Februar das Polizeihauptquartier in Jakarta. Ende April waren im Abstand von nur drei Tagen in der Hauptstadt zuerst die Vertretung der UN und anschließend der Flughafen Ziel von kleineren Sprengstoffanschlägen geworden. Auch sie trugen die Handschrift der Jemaah Islamiya.

**Stand der Chronologie der Anschläge:
18. August 2003**

Die Chronologie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.